

**Der Kreistag beschließt, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.12.2009 „Gerechte und auskömmliche Müllgebühren in Rhein-Sieg-Kreis – zu Unrecht erlangte Gebühren an die Gebührenzahler sozial gestaffelt erstatten“ abzulehnen.**

**Der Kreistag fasst nachfolgenden Beschluss:**

**Aus dem im Kreishaushalt bereits gebildeten „Sonderposten für den Gebührenaussgleich“ in Höhe von 19. Mio. EUR sollen in den kommenden Jahren Ausgleichszahlungen an die RSAG geleistet werden, um die Abfallgebühren für die Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Sieg-Kreises zumindest bis 2015 stabil zu halten. Über die Anlage der finanziellen Mittel wird im Jahr 2010 entschieden.**